

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3438

des Abgeordneten Christoph Schulze

Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/8649

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3438 vom 10.03.2014:

Zulässigkeit von Tonbandaufzeichnungen von Wortbeiträgen bei nichtöffentlichen und öffentlichen Sitzungen der FLK für den Flughafen Schönefeld ohne Wissen und Zustimmung der Teilnehmer

Die Fluglärmkommission Berlin-Schöneberg (FLK) soll die Genehmigungsbehörde sowie das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung und die Flugsicherungsorganisation über Maßnahmen zum Schutz gegen Fluglärm und gegen Luftverunreinigungen durch Luftfahrzeuge beraten. Die Sitzungen der FLK sind dabei gemäß § 7 GO der FLK nicht-öffentlich. Bei der Sitzung der FLK am 17.01.2011 beschloss die FLK in ihrer damaligen Zusammensetzung, die Sitzungen für das anzufertigende Ergebnisprotokoll aufzuzeichnen. Vor den nachfolgenden Sitzungen der FLK wurden die Teilnehmer dann jedoch nicht mehr im Einzelnen darauf hingewiesen, dass die Sitzungen aufgezeichnet wurden. Durch die häufige Fluktuation der Mitglieder der FLK sowie die hohe Zahl an ständigen Gästen wurden so, beispielsweise bei der 88. Sitzung am 18.11.2013, sämtliche Redebeiträge auch zahlreicher Teilnehmer aufgezeichnet, die keine Kenntnisse davon hatten, dass ihre Wortbeiträge mitgeschnitten wurden.

Durch einen Vorgang der Protokollkorrektur bzw. eine Inbezugnahme der Geschäftsstelle darauf, dass man „die Tonbandaufzeichnung abgehört habe“ wurden die Mitglieder plötzlich hierauf aufmerksam. Auf die Nachfrage eines betroffenen Mitglieds der Fluglärmkonferenz, wie ein derartiger Mitschnitt einer nicht-öffentlichen Sitzung ohne vorherige Information rechtmäßig sein könne, antwortete das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) am 15. Januar 2014 lediglich, dass die Aufzeichnungen nur zur Anfertigung des Protokolls dienen und nach Anfertigung desselben gelöscht würden. Weitere Personen als die mit der Anfertigung des Protokolls betrauten Mitarbeiter hätten keinen Zugriff auf die Mitschnitte. Auf die Frage nach der Rechtmäßigkeit, die Sitzung ohne vorherige Information der Teilnehmer aufzuzeichnen und auf die Brisanz des Vorgangs, dass das in vertraulicher Sitzung gesprochene Wort (bezeichnender Weise im Konferenzzentrum des alten DDR-Flughafens Schönefeld...) ohne Kenntnis der Betroffenen durch staatliche Stellen mitgeschnitten wird, ging das MIL erst nach erneuter Nachfrage am 20.01. ein. In dieser Antwort

hieß es dann, dass nach erneuter Prüfung der Rechtslage nun zukünftig alle Teilnehmer vor jeder Sitzung informiert werden sollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass das nicht-öffentlich gesprochene Wort grundsätzlich geschützt ist und nicht ohne Zustimmung mitgeschnitten werden darf?
2. Trifft es zu, dass das Mitschneiden des nicht-öffentlich gesprochenen Wortes ohne Zustimmung einen Straftatbestand erfüllt? Welche Ausnahmen davon bestehen?
3. Hatte die Landesregierung Kenntnis davon, dass die Sitzungen der FLK aufgezeichnet wurden, obwohl die Sitzungen nicht-öffentlich sind und nicht alle Teilnehmer Kenntnis von den Aufzeichnungen haben konnten?
4. Ist die Aufzeichnung von Wortbeiträgen einer nicht-öffentlichen Sitzung auch dann rechtmäßig, wenn nur die Zustimmung des betroffenen Gremiums und das weit in der Vergangenheit und auch nur einmalig in seiner Gesamtheit, nicht jedoch der individuellen Teilnehmer, und vor allem nicht aktuell, vorlag?
5. Hat die bisherige Praxis der FLK das Recht auf Vertraulichkeit nach §201 StGB verletzt?
6. Welche Konsequenzen hat dies außer der Änderung der Praxis für die Zukunft?
7. Wird eine Praxis wie in der FLK auch in anderen, nicht-öffentlichen Sitzungen von Gremien des Landtages oder der Landesregierung angewendet?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Trifft es zu, dass das nicht-öffentlich gesprochene Wort grundsätzlich geschützt ist und nicht ohne Zustimmung mitgeschnitten werden darf?

Zu Frage 1:

Das Recht am eigenen Wort bzw. am gesprochenen Wort ist durch Artikel 2 Absatz 1, Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz und durch § 201 Strafgesetzbuch (StGB) geschützt.

Frage 2:

Trifft es zu, dass das Mitschneiden des nicht-öffentlich gesprochenen Wortes ohne Zustimmung einen Straftatbestand erfüllt? Welche Ausnahmen davon bestehen?

Zu Frage 2:

Das Mitschneiden des nicht-öffentlich gesprochenen Wortes ohne Zustimmung kann gemäß § 201 StGB strafbar sein. Entscheidend sind die Umstände des Einzelfalls. Ausnahmen liegen beispielsweise vor, wenn die Rechtswidrigkeit entfällt, weil eine mutmaßliche Einwilligung vorliegt oder ein Rechtfertigungsgrund vorliegt.

Frage 3:

Hatte die Landesregierung Kenntnis davon, dass die Sitzungen der FLK aufgezeichnet wurden, obwohl die Sitzungen nicht-öffentlich sind und nicht alle Teilnehmer Kenntnis von den Aufzeichnungen haben konnten?

Zu Frage 3:

Die Landesregierung wurde nicht explizit über die Modalitäten der Protokollierung einschließlich der Tonbandaufnahmen informiert.

Frage 4:

Ist die Aufzeichnung von Wortbeiträgen einer nicht-öffentlichen Sitzung auch dann rechtmäßig, wenn nur die Zustimmung des betroffenen Gremiums und das weit in der Vergangenheit und auch nur einmalig in seiner Gesamtheit, nicht jedoch der individuellen Teilnehmer, und vor allem nicht aktuell, vorlag?

Frage 5:

Hat die bisherige Praxis der FLK das Recht auf Vertraulichkeit nach §201 StGB verletzt?

Zu Frage 4 und 5:

Die Landesregierung kann die Frage in dieser Allgemeinheit nicht beantworten, zumal die verbindliche Entscheidung darüber nur von Gerichten getroffen werden kann. Bezüglich der Tonaufzeichnungen bei Sitzungen der Fluglärmkommission hält die Landesregierung diese Praxis für legitim, weil die Fluglärmkommission den entsprechenden Beschluss gefasst hatte und insofern von mutmaßlicher Einwilligung der Mitglieder der Fluglärmkommission auszugehen war. Außerdem dient die Aufzeichnung nur der Protokollkontrolle und wird keinem Nichtteilnehmer der Kommissionsitzung zugänglich gemacht. Die Aufnahmen werden nach Protokollerstellung gelöscht. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Fluglärmkommission, die Interessen der fluglärm betroffenen Öffentlichkeit zu erörtern und mit der in diesem Rahmen möglichen Transparenz einen Ausgleich zu finden.

Frage 6:

Welche Konsequenzen hat dies außer der Änderung der Praxis für die Zukunft?

Zu Frage 6:

Die Landesregierung hält die klarstellende Regelung in der Geschäftsordnung der Fluglärmkommission, nach der vor Eintritt in die Tagesordnung auf die Tonaufzeichnung zur Protokollkontrolle hingewiesen wird, für ausreichend.

Frage 7:

Wird eine Praxis wie in der FLK auch in anderen, nicht-öffentlichen Sitzungen von Gremien des Landtages oder der Landesregierung angewendet?

Zu Frage 7:

Die Landesregierung geht davon aus, dass die Rechtsvorschriften in den entsprechenden Sitzungen beachtet werden.